



Jahresprogramm 2007



Gwärb06 vom 06. - 08.10.2006

Zusammenfassung

Das Jahresprogramm enthält im Sinne der Wesentlichkeit die wichtigsten Themen der städtischen Exekutivpolitik für das Jahr 2007. Unerwähnt bleiben die üblichen laufenden Geschäfte der operativen Ebene.

Das Projekt „Qualitätsmanagement“ soll gegen Ende des Planjahrs mit der Zertifizierung einen wichtigen Meilenstein erreichen und damit implementiert werden. Auf Basis des Konzeptes „Standortpromotion“ sollen die beiden Themen Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung mit breiter Basis angepackt werden. Als weitere Highlights aus den Departementen und Stäben sind zu nennen:

- Terminplanung Planungsinstrumente
- Abschluss Ortsplanungsrevision Siedlung
- Auditierung Soziale Dienste
- Einrichtung einer Tagesschule auf Basis der Erkenntnisse aus der Bedarfsanalyse
- Erarbeitung von Leistungsaufträgen und – Beschrieben

Die Form des Jahresprogramms wurde noch einmal verändert. Die Gliederung orientiert sich am Aufbau der Organisation. Zur einfacheren Lesbarkeit wurde die bisherige Darstellung in tabellarischer Form aufgegeben und werden nach Beschrieb der Schwerpunkte und wichtigen Projekte der einzelnen Departemente und Stäbe jeweils Ausgangslage, Lösungsansätze und Ziele der einzelnen Programmpunkte beschrieben.

Der Stadtrat ist zuversichtlich, mit dem vorliegenden Jahresprogramm in enger Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung die Stadt Liestal auf dem Weg zur Realisierung der Legislaturziele einen weiteren entscheidenden Schritt voranbringen zu können.

Antrag: Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat die Kenntnisnahme.

Liestal, 31. Oktober 2006
G.2.2.4. (401/2006)

NAMENS DES STADTRATS

Die Präsidentin

Der Stadtverwalter

Regula Gysin

Roland Plattner

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
1. Stäbe	4
1.1. Stadtverwaltung	4
1.1.1. Qualitätsmanagement	4
1.1.2. Standortpromotion Liestal / Wirtschaftsförderung und Standortmarketing	4
1.2. Recht / Sicherheit / Informatik	4
1.2.1. Sicherheit und Zusammenarbeit	4
1.3. Personaldienst	6
2. Departement Finanzen / Einwohnerdienste	7
2.1. Finanzen	7
2.1.1. Steuerinkasso	7
2.1.2. Kontenplan	7
2.1.3. Termine 2007 für die Rechnung 2006, den Finanzplan 2008-2012 und den Voranschlag 2007	7
2.1.4. Finanzdaten für die Sozialhilfebehörde	8
2.1.5. Trimesterreporte	8
2.2. Einwohnerdienste	8
3. Departement Stadtbauamt	9
3.1. Hochbau / Schulliegenschaften	9
3.1.1. Sanierung Kindergarten Radacker	9
3.1.2. Energielabel	9
3.2. Tiefbau / Verkehrsplanung	9
3.2.1. Kantinenweg	10
3.2.2. Tempo 30	10
3.2.3. Ausbau Sichtenstrasse	10
3.2.4. Ausbau Heidenlochstrasse	10
3.2.5. Sanierung Kasinobrücke	11
3.3. Planung / Umweltschutz	11
3.3.1. Revision Ortsplanung	11
3.3.2. Landschaftsplanung	11
3.3.3. Quartierplan 2 Bahnhofareal	12
3.3.4. Quartierpläne Bücheli / Obergestadeck (Manor)	12
3.3.5. Quartierplan Rebgarten	12
4. Departement Betriebe	13
4.1. Weiterentwicklung Betriebe	13
4.1.1. Leistungsaufträge für die Produkte des Werkhofs	13
4.1.2. Strassenmanagement	14
4.2. Sportanlagen	14
4.2.1. Kunstrasenfeld	14
4.3. Spezialfinanzierungen allgemein	14
4.3.1. Controlling	14
4.4. Spezialfinanzierung Wasserversorgung	15
4.4.1. Sicherstellung eines qualitativ einwandfreien Trinkwassers	15
4.4.2. Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden	15
4.4.3. Betriebswarte	15
4.4.4. Mitarbeiterschulung	16

4.5. Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung	16
4.6. Spezialfinanzierung Abfallentsorgung	16
4.6.1. Sammelstellen	16
5. Departement Soziales / Gesundheit / Kultur	17
5.1. Sozialhilfe	17
5.2. Vormundschaft	18
5.3. Jugendarbeit	19
5.4. Altersarbeit	19
5.5. Kultur	20
6. Departement Bildung und Sport	21
6.1. Unterricht	21
6.1.1. Qualitätsentwicklung / -Management	21
6.1.2. Gesundheitsförderung	22
6.1.3. Integrative Schulungsform ISF	22
6.2. Zusatzangebote	22
6.2.1. Projekt „Standardsprache im Kindergarten“	22
6.2.2. Mittagstischangebot	23
6.2.3. Bedürfnisabklärung Tagesschule	23
6.3. Regionale Musikschule Liestal	23
6.3.1. Raumbedarf	23
6.4. Sport: Infrastruktur und Anlässe	24
6.4.1. GESAK / LBS	24
6.4.2. EURO 08	24

Abkürzungsverzeichnis

<i>A:</i>	<i>Ausgangslage</i>
<i>L:</i>	<i>Lösungsansatz</i>
<i>Z:</i>	<i>Zielsetzung</i>

1. Stäbe

1.1. Stadtverwaltung

1.1.1. Qualitätsmanagement

A: Die Anforderungen an die Dienstleistungserbringung der öffentlichen Hände sind komplex und zunehmend. Mit einem zeitgemässen Qualitätssicherungs-System will die Exekutive den damit verbundenen Herausforderungen nachhaltig begegnen. Per Ende Jahr sind die Dienstleistungsprozesse abgebildet und in Überarbeitung, die Bereinigung der Schnittstellen, die Führungs- und Supportprozesse in Erarbeitung.

L: Fortsetzung des 2006 gestarteten Qualitäts-Management-Projektes.

Z: Der 2006 erfolgreich gestartete Prozess soll 2007 zielgerichtet weiter und zu Ende geführt werden. Das heisst, die Stadtverwaltung strebt eine Zertifizierung ihres Qualitätsmanagement-Systems nach ISO 9001:2000 an. Dies setzt die Aufnahme und Abbildung derjenigen Prozesse voraus, welche die entsprechenden Kriterien hinsichtlich Komplexität, Fehleranfälligkeit, Schnittstellen bzw. Ausfallrisiko erfüllen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf CHF 65'000.- inkl. voraussichtlicher Zertifizierung im 4. Quartal 2007.

1.1.2. Standortpromotion Liestal / Wirtschaftsförderung und Standortmarketing

A: Die Standortpromotion für das Wirtschaftszentrum Liestal muss im Wettbewerb unter den Standorten in nachhaltiger Weise vermehrt spürbar und effektiv werden. Die mit dem Bau der H2, Projekten wie futuro, Manor und den Quartierplanungen am Bahnhof zunehmend gute Ausgangslage ist in den entsprechenden Aktivitäten transparent zu machen.

L: Etablierung und Finanzierung einer Anlaufstelle in Private-Public-Partnership (PPP) vor dem Hintergrund des stadträtlichen Konzeptes.

Z: Auf Basis der Konzeptarbeiten, von Wirtschaftskenndaten und dem identifizierten Entwicklungspotenzial geht es um die Installierung einer von Wirtschaft und Politik gemeinsam getragenen Anlaufstelle für Fragen der Standortpromotion und Wirtschaftsförderung. Dabei ist auf eine kluge Einbettung in die (inter-)kantonale Aktivitäten zu achten.

1.2. Recht / Sicherheit / Informatik

Zielsetzung: Der mit der Informatik ergänzte Stab soll seine interne Zusammenarbeit festigen.

1.2.1. Sicherheit und Zusammenarbeit

A: Bedrohungen sind grenzüberschreitend, die dadurch bestehenden Sicherheitsbedürfnisse sind es ebenfalls.

L: Durch Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinde und der Gemeinden unter sich sowie mit den Sicherheits- und Rettungsdiensten des Kantons und weiteren Institutionen kann diesen Bedrohungen effektiver und effizienter begegnet werden. Das darin liegende Potenzial ist noch intensiver als bisher zu nutzen.

Zielsetzungen:

Projekt Poliflex: Die Zusammenarbeit zwischen der Stadtpolizei und der Polizei BL mit neuem Polizeikommando wird unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit dem gegenseitigen Verrechnungssystem überprüft und wenn nötig neu definiert.

Gemeinsame Übungen der eigenen Sicherheitsorgane: Durchführung von gemeinsamen Übungen mit Stützpunkt-Feuerwehr, Zivilschutz und Gemeindeführungsstab zwecks Schulung der Zusammenarbeit Führung und Führungsunterstützung im neuen Kommandoposten (angelehnt an Kommandoposten des KKS (kantonalen Krisenstabs)) sowie Erhöhung der Fitness der einzelnen Organe. Der Gemeindeführungsstab (GFS) und die Zivilschutzorganisation (ZSO) werden in die Hauptübung der Stützpunktfeuerwehr eingebunden. Bis dato wurden 2 gemeinsam durchgeführte Übungen zwischen dem Zivilschutz und der Feuerwehr im Bereich Detailausbildung durchgeführt.

Koordinierter Materialeinkauf Feuerwehr: Bei dem koordinierten Materialeinkauf Feuerwehr wird durch Erhöhung der Nachfragemacht und Mengenbezüge ein optimiertes Verhältnis von Kosten und Nutzen angestrebt. Die Zusammenarbeit hat im Bereich Schulung bereits stattgefunden. Im Bereich Materialeinkäufe werden Gespräche geführt über die gemeinsame Fahrzeugbeschaffung und über Ansätze für die gemeinsame Materialbeschaffung mit anderen Feuerwehren. Im Bereich Einsatzrüstung wurden bereits gemeinsame Materialbeschaffungen getätigt. All diese Massnahmen haben positive Auswirkungen auf die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung.

Zivilschutz: im Bereich Zivilschutz werden die Kenntnisse im praxisnahen Einsatz vertieft und die Erfahrungen zum Einsatz im Unwetter betroffenen Engelberg ausgewertet und allfällige notwendige Massnahmen getroffen.

Feuerwehr: Schwerpunktmässig soll hier die effiziente Ausbildung auf allen Stufen sichergestellt werden, die Grundlagen für eine Neuausrichtung der Grundausbildung geschaffen, der Kadernachwuchs gefördert und die Überarbeitung des Feuerwehrreglements vorangetrieben werden. Zudem sollen die Grundlagen zum zukünftigen Erhalt des Mannschaftsbestandes geschaffen und die Einsatzbereitschaft sichergestellt werden.

Im Vordergrund steht vorerst die gemeinsame Ersatzbeschaffung Lego1 in Zusammenarbeit mit der Stützpunktfeuerwehr Sissach und dem FWI. Auch an die bessere und effizientere Zusammenarbeit mit den umliegenden Ortsfeuerwehren wird gearbeitet. Es geht hier vorerst vor allem um das Bilden und Fördern vom gegenseitigen Vertrauen.

All diese Massnahmen werden sich dauerhaft und positiv niederschlagen in der laufenden und der Investitionsrechnung.

Gemeindeführungsstab (GFS): In diesem Jahr soll der rückwärtige Kommandoposten (KP-Rück) bezogen werden. Ebenfalls steht die Durchführung einer Stabsrahmenübung in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Bevölkerungsschutz auf dem Plan sowie die Fertigstellung des Verteilungskonzepts.

Im Weiteren ist die Einführung eines elektronischen Systems für den Datenaustausch mit dem kantonalen Katastrophenstab (Naris) und die Einführung einer Alarmierungs- und Kommunikationsoberfläche für die Alarmierung von Gemeinde Zivilschutz - Verbände, Werkhofangestellte, Gemeindeführungsstab usw. (IMASYS) geplant.

1.3. Personaldienst

A: Im Rahmen der Qualitätspolitischen Leitsätze bedingen verschiedene Zielsetzungen, insbesondere aber das Ziel, Fachkompetenz zu erhalten und kontinuierlich weiter zu entwickeln, ein massgeschneidertes Aus- und Weiterbildungskonzept. Dieses soll mittelfristig angelegt sein und auch den Ressourceneinsatz optimieren helfen.

L: Erarbeitung eines Aus- und Weiterbildungskonzeptes auf Basis der Qualitätspolitischen Leitsätze, welches sowohl die Aspekte der Fachkompetenz als auch der Sozial- und Methodenkompetenz umfasst.

Z: Koordinierte Erhebung der bereichsweisen Aus- und Weiterbildungsbedürfnisse, festlegen der bereichsübergreifenden Weiterbildungsthemen sowie Organisation der Unternehmensaus- und -weiterbildung durch Zusammenfassung der einzelnen Module in einem Mehrjahresprogramm.

2. Departement Finanzen / Einwohnerdienste

Schwerpunkte und wichtige Projekte des Departements

2.1. Finanzen

2.1.1. Steuerinkasso

A: Das Steuerinkasso wurde 2002 an den Kanton delegiert. Im Laufe der vergangenen Jahre zeigten sich nun zwei Problemkreise:

- Liestal hat im Vergleich zu ähnlich gelagerten Gemeinden im Baselbiet hohe Steuerabschreibungen
- Der Personalbestand des Bereichs Finanzen ist unterkritisch, d.h. mit dem vorhandenen Mitarbeiterstab sind optimale Stellvertretungen nicht gewährleistet.

L: Das Steuerinkasso wieder in die Stadtverwaltung integrieren. Die zusätzlichen Stellenprozent und IT-Kosten werden aus dem Wegfall der Vergütung an den Kanton finanziert.

Z: Es soll abgeklärt werden, ob mit der der Rücknahme des Steuerinkasso eine kostenneutrale Optimierung des Bereichs Finanzen möglich ist. Eine Umstellung erfolgt sinnvollerweise auf anfangs Jahr, also auf den 1.1.2008.

2.1.2. Kontenplan

A: Im Jahr 2006 wurde die sog. „lokale Gliederung“ der Konti der Laufenden Rechnung in die elektronische Datenverarbeitung integriert. Damit ist es heute möglich, die Aufwändungen und Erträge nach lokalen Gesichtspunkten zu sortieren und so präzise Aussagen über die Aufwändungen einzelner Leistungserbringer und –bezüger zu machen und einen direkten Bezug zum Finanzplan herstellen.

L: In Zusammenarbeit mit den einzelnen Bereichen, werden die Informationsbedürfnisse im Zusammenhang mit den Finanzdaten eruiert und dann durch die Implementierung der entsprechenden Auswertungsroutinen in der Software (Queries) zur Verfügung gestellt.

Z: Damit die verfügbaren Finanzdaten noch vermehrt als Führungsinstrument genutzt werden können, soll diese Optimierung entsprechend den Bedürfnissen der einzelnen Bereiche noch weiter optimiert werden.

2.1.3. Termine 2007 für die Rechnung 2006, den Finanzplan 2008-2012 und den Voranschlag 2007

A: Bis jetzt folgten Finanzplan und Voranschlag zeitlich zu nahe aufeinander. Dies hatte zur Folge, dass zwischen diesen beiden Planungsinstrumenten kaum unterschieden werden konnte, und so die Diskussion um die strategische Ausrichtung immer zu kurz kam.

Z: Zur Optimierung der Zusammenarbeit des Stadtrates mit dem Einwohnerrat werden für nächstes Jahr folgende Termine angestrebt:

	an Einwohnerrat	im Einwohnerrat
Rechnung 2006	April 2007	21. Juni 07
Amtsbericht 2006	April 2007	21. Juni 07
Finanzplan 2008-2012	Juni 2007	20. Sept. 07
Voranschlag 2008	Oktober 2007	12. Dez. 07
Jahresprogramm 2008	Oktober 2007	12. Dez. 07

2.1.4. Finanzdaten für die Sozialhilfebehörde

A: Bis heute erhielten die Sozialhilfebehörde und die Sozialen Dienste nicht die Finanzdaten, die notwendig sind.

Z: Die Daten sind grundsätzlich in der Gemeindesoftware vorhanden. Es werden in Zusammenarbeit mit einer externen Fachperson die notwendigen Unterprogramme (Queries) erstellt, damit diese Auszüge ohne grossen Aufwand seitens der Buchhaltung regelmässig erstellt werden können.

2.1.5. Trimesterreporte

A: Um vorausschauend die Verwaltung führen zu können, ist es notwendig, rechtzeitig Abweichungen von vereinbarten Zielsetzungen zu erkennen.

Z: Alle 4 Monate soll es eine SOLL/IST-Analyse erstellt werden, so dass rechtzeitig – wenn notwendig – korrigierende Massnahmen ergriffen werden können.

	im Stadtrat
1/07 Trimesterreport; Vorspann zum Finanzplan 2008-2012	15. Mai 2007
2/07 Trimesterreport; Vorspann zum Voranschlag 2008	18. September 2007
3/07 Trimesterreport; Vorspann zur Rechnung 2007	15. Januar 2008

2.2. Einwohnerdienste

A: In der Stadt kann bis heute noch nicht mit Kreditkarten bezahlt werden, insbesondere bei den Einwohnerdiensten (z.B. Pässe, Identitätskarten, Abfall-Vignetten).
Im Weiteren fehlt eine Registrierkasse die online mit der Buchhaltung verbunden ist.

Z: Einrichten einer Station, damit mit Kreditkarten bezahlt werden und eines Registrierkassensystems, das online mit der Buchhaltung verbunden ist.

3. Departement Stadtbauamt

Schwerpunkte und wichtige Projekte des Departements

3.1. Hochbau / Schulliegenschaften

Das aufgestaute Sanierungsvolumen in den Schulanlagen Fraumatt, Rotacker und Frenkenbündten in der Grössenordnung von 20 Mio. muss in den nächsten Jahren systematisch und gezielt investiert werden. Es ist vorgesehen, jährlich im Schnitt zwischen CHF 1.0 - 1.5 Mio. in die Schulliegenschaften zu investieren. Der Einwohnerratsbeschluss dazu liegt bereits vor.

Die minimalen Investitionen sind unerlässlich, da sich der Zustand der Gebäude ansonsten weiter verschlechtert. Das Sanierungsvolumen und die damit verbundenen, laufenden Unterhaltskosten würden weiter steigen.

In Zusammenarbeit mit dem Kanton müssen im nächsten Jahr Lösungen für die Übernahme der Sekundarschulbauten gefunden werden. Die Standortfrage der Sekundarschulen und die damit verbundene Zukunft der Gebäude und des dazugehörenden Personals muss dabei aufgezeigt werden.

3.1.1. Sanierung Kindergarten Radacker

A: Auf der Parzelle der Stadt stehen heute drei Gebäude.

L: Ein Gebäude soll parzellarisch abgetrennt und für die Bedürfnisse der Stadt erhalten bleiben. Gleichzeitig wird ein neuer Kindergarten erstellt. Die Restfläche mit den beiden verbleibenden Gebäuden kann veräussert oder im Baurecht abgetreten werden.

Z: Der bestehende Kindergarten wird saniert und gleichzeitig ein zusätzlicher Neuer erstellt. Sämtliche baulichen und grundbuchrechtlichen Massnahmen sind bis Ende 2007 abgeschlossen.

3.1.2. Energielabel

A: Der Stadtrat hat die Massnahmen für die Einführung des in den Legislaturzielen verankerten Energielabels beschlossen.

L: In Zusammenarbeit mit der Energiekommission und externer Begleitung werden die Massnahmen definiert und umgesetzt.

Z: Die Arbeiten werden so vorangetrieben, dass die Stadt im Jahr 2008 das Energielabel erreichen kann.

3.2. Tiefbau / Verkehrsplanung

Die Verbesserung der Standortgunst und Förderung der Wohn- und Aufenthaltsqualität sind für die Stadtentwicklung von vorrangiger Natur. Die oberste Priorität kommt dabei der Umsetzung des Verkehrskonzeptes zu. Davon umgesetzt werden im Jahr 2007: Baubeginn beim Anschluss Schild durch Kanton und Baubeginn beim Kantinenweg durch die Stadt.

In zweiter Priorität liegt die Erschliessung von neuen Baugebieten. Realisiert werden soll 2007: Ausbau Sichtenstrasse (für spätere Erschliessung Burgundergebiet) und Baubeginn beim Ausbau Heidenlochstrasse.
In dritter Priorität sollen die Achse Postplatz – Poststrasse – Wasserturmplatz – Büchelstrasse sowie die Strassen in der Altstadt gestalterisch aufgewertet werden. 2007 erfolgen die dazu nötigen vorbereitenden Planungsarbeiten.

3.2.1. Kantinenweg

A: Der Einwohnerrat hat das Projekt Kantinenweg mitsamt Kredit genehmigt. Während der öffentlichen Planaufgaben sind mehrere Einsprachen gegen das Projekt und die Anwänderbeiträge eingegangen.

L: Die Einsprachen müssen auf dem Verhandlungsweg beseitigt oder an die nächsten Instanzen zur Behandlung weitergeleitet werden.

Z: Die Einsprachen sind soweit bereinigt, dass im Sommer 2007 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.

3.2.2. Tempo 30

A: Der Einwohnerrat hat der Einführung von Tempo 30 in 9 Wohnquartieren zugestimmt.

L: Jährlich wird in zwei Quartieren Tempo 30 eingeführt.

Z: In den Quartieren Langhang und Schwieri sind die Tempo 30-Zonen realisiert.

3.2.3. Ausbau Sichtenstrasse

A: Die Projekt- und Kreditvorlage wurde im September 2006 an den Einwohnerrat zur Genehmigung eingereicht.

L: Das Projekt soll 2007 realisiert werden, damit anschliessend die Neuerschliessung des Burgundergebiets erfolgen kann.

Z: Nach der Genehmigung durch den Einwohnerrat und der Planaufgabe wird im Sommer 2007 mit den Bauarbeiten begonnen.

3.2.4. Ausbau Heidenlochstrasse

A: Die Projekt- und Kreditvorlage wurde im August 2006 an den Einwohnerrat zur Genehmigung eingereicht.

L: Das Projekt soll ab 2007 realisiert werden, damit anschliessend die privaten Investoren ihre Bauvorhaben starten können (Cheddite).

Z: Nach der Genehmigung durch den Einwohnerrat und der Planaufgabe wird im Sommer 2007 mit den Bauarbeiten begonnen.

3.2.5. Sanierung Kasinobrücke

A: Der Zustand der Kasinobrücke ist seit Jahren ungenügend. Im Sommer 2006 musste die Brücke, aufgrund der nicht mehr gewährleisteten Tragfähigkeit, mit einer Gewichtslimite versehen werden.

L: In Zusammenarbeit mit dem kantonalen Tiefbauamt und Experten sollen die Massnahmen definiert werden, damit die Brücke ihre volle Tragfähigkeit wieder erlangt.

Z: Die nötigen Massnahmen sollen sofort nach ihrer Anerkennung umgesetzt werden (1. Semester 2007).

3.3. Planung / Umweltschutz

Die Revision der Ortsplanung wird nach der Beschlussfassung im Einwohnerrat und der Planauflage zur Genehmigung an den Regierungsrat eingereicht. Die Planungsarbeiten im Gebiet Bücheli / Obergestadeck und beim Bahnhofareal sind für die Stadtentwicklung von hoher Bedeutung. Mittels Quartierplänen werden in diesen städtebaulich heiklen und anspruchsvollen Gebieten die Resultate aus den Studienaufträgen planerisch umgesetzt. Weitere Planungen für die Stadtentwicklung sind die Quartierpläne im Areal Rebgarten sowie im Hanro-Areal.

3.3.1. Revision Ortsplanung

A: Die Planungsunterlagen wurden im November 2006 an den Einwohnerrat zur Beschlussfassung eingereicht.

L: Die Planung soll mit der Bau- und Planungskommission dermassen beraten werden, dass sie konsensfähig vom Einwohnerrat beschlossen werden kann.

Z: Nach der Beschlussfassung durch den Einwohnerrat und der Planaufgabe wird die Planung an den Regierungsrat zur Genehmigung eingereicht.

3.3.2. Landschaftsplanung

A: Die Landschaftskommission hat für die Landschaftsplanung ein Leitbild erarbeitet.

L: Nach der Zustimmung zum Leitbild durch den Stadt- und den Einwohnerrat soll die Landschaftskommission das Entwicklungskonzept erarbeiten.

Z: Bis Ende 2007 liegt das Landschaftsentwicklungskonzept als Basis für die Zonenvorschriften vor.

3.3.3. Quartierplan 2 Bahnhofareal

A: Die Quartierplangrundlagen sind im Jahr 2006 erarbeitet worden.

L: Die weiteren Massnahmen sollen in die Wege geleitet werden, so dass eine Genehmigung des Quartierplans möglichst bald vorliegt.

Z: Für die Quartierplanung wird das Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Nach deren Auswertung und Umsetzung wird die Quartierplanung im Sommer 2007 dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung eingereicht. Nach erfolgter Planaufgabe soll der Regierungsrat noch bis Ende 2007 die Quartierplanung genehmigen.

3.3.4. Quartierpläne Bücheli / Obergestadeck (Manor)

A: Die Planungsarbeiten wurden 2006 infolge Uneinigheiten zwischen Promotoren und einem Grundeigentümer eingestellt.

L: Die Planungsarbeiten sollen weitergeführt werden. Mit einem rechtskräftigen Quartierplan wird die Grundlage für die Investoren entscheidend verbessert.

Z: Zum Quartierplan werden das Mitwirkungsverfahren sowie das Beschlussfassungsverfahren im Einwohnerrat durchgeführt. Nach erfolgter Planaufgabe werden die Unterlagen balmöglichst an den Regierungsrat zur Genehmigung eingereicht.

3.3.5. Quartierplan Rebgarten

A: Die Bebauungsideen wurden durch die kantonale Arealbaukommission geprüft und das Überbauungskonzept modifiziert.

L: Die Planungsarbeiten werden bis zur Genehmigung weitergeführt.

Z: Nach der Durchführung aller Verfahren wird der Quartierplan bis Ende 2007 durch den Regierungsrat genehmigt.

4. Departement Betriebe

Schwerpunkte und wichtige Projekte des Departements

Fragen rund um das Thema „langfristige Sicherstellung der Trinkwasserversorgung für Liestal“ werden in diesem Jahr (2007) prioritär behandelt und somit bilden alle Projekte der Abteilung Wasserversorgung gemeinsam den diesjährigen Schwerpunkt der Betriebe.

- In Zusammenarbeit mit dem Kanton sollen die ausgeschiedenen Wasserschutzzone den neuen Gesetzesanforderungen angepasst werden. Das 2006 fertig gestellte Qualitätssicherungssystem wird konsequent nach den Richtlinien des Schweizerischen Verbandes der Gas- und Wasserfachleute weitergeführt. Darüber hinausgehend erfolgt eine erweiterte Untersuchung des Trinkwassers mit ausführlicher chemischer Analyse.
- Die Möglichkeit und Kostenfolgen eines Anschlusses an den Regionenverbund 1-9-2 (Muttenz, Pratteln, Frenkendorf und Füllinsdorf) werden überprüft. Grundsätzlich wäre eine zusätzliche Trinkwasserbezugsmöglichkeit zur Erhöhung der Versorgungssicherheit Liestals von Interesse.
- Die Betriebswarte der Wasserversorgung wird ersetzt, da sie am Ende ihrer betriebstechnischen Lebensdauer ist.
- Know-how-aufbau- und –Sicherung durch Mitarbeiterschulung: Nur gut ausgebildetes und spezialisiertes Personal kann die Anforderungen der geltenden Gesetze, Verordnungen und Richtlinien erfüllen, die dem Ziel dienen, der Bevölkerung Trinkwasser in Lebensmittelqualität zur Verfügung zu stellen. Daher sind aufwändige Weiterbildungen für einen 2006 neu eingetretenen Mitarbeiter sowie die Bereichsleiterin geplant.

Das Schwerpunkt-Projekt des Jahres 2006 „Weiterentwicklung Betriebe“ gelangt nach Abschluss der Vorarbeiten in diesem Jahr (2007) in die Phase der praktischen Umsetzung: die mit dem Projekt angestrebte leistungsorientierte Personalführung basiert auf messbaren Daten der Betriebsrechnung, die geleisteten Arbeiten basieren auf klar umschriebenen Produkten (Dienstleistungen). Bis Ende Jahr soll jedem einzelnen Produkt ein klarer und einfach verständlicher Leistungsauftrag zugeordnet und vom Stadtrat genehmigt worden sein.

4.1. Weiterentwicklung Betriebe

4.1.1. Leistungsaufträge für die Produkte des Werkhofs

A: 2005 erfolgte durch die Firma Pumag Consulting AG, Bern, eine Organisations- und Betriebsanalyse, die auch die notwendigen Schritte zu einem leistungsorientierten Dienstleistungsbetrieb aufzeigt.

L: Für die in Produkte zusammengefassten Dienstleistungen werden die Leistungsaufträge und Leistungsbeschreibungen erarbeitet. Die Arbeiten sind bereits im Gange und die externen Kosten für die Unterstützung der Umsetzung betragen CHF 8'000.-.

Z: Ausrichtung des Werkhofs als ein leistungsorientiertes Unternehmen, das kundenorientiert und nach wirtschaftlichen Kriterien geführt wird.

4.1.2. Strassenmanagement

A: Für das Management des baulichen Strassenunterhalts stehen noch keine auf EDV-basierenden Instrumente zur Verfügung.

L: Im Strassenmanagement wird eine Software zur Erfassung der Strassen und zur Klassifikation der Schadensbilder angeschafft. Nachdem die Strassen erfasst sind, wird erstmals für 2008 ein jährlicher Unterhaltsplan erstellt. Die laufende Rechnung wird mit CHF 20'000.- belastet.

Z: Mit den systematisch erfassten Schadensbildern pro Strasse wird ein EDV-unterstütztes Instrument für die Planung des jährlichen baulichen Strassenunterhalts geschaffen.

4.2. Sportanlagen

4.2.1. Kunstrasenfeld

A: Der Fussballclub Liestal und weitere interessierte Kreise beanspruchen die Fussballfelder in erhöhtem Mass und die Regeneration des Rasens ist gefährdet. Es ist bereits heute nicht mehr möglich allen Interessierten Trainingsplätze bzw. -Zeiten zur Verfügung zu stellen. Insbesondere im Jugendbereich muss der FC Liestal entsprechende Wartelisten führen.

L: Bau eines das ganze Jahr über nutzbaren Kunstrasenfeldes, das auch für Meisterschaftsspiele zugelassen ist. Im Investitionsplan werden dafür Bruttoinvestitionen von CHF 1.4 Mio. eingestellt. Vom Kanton wird daran ein Beitrag von ca. CHF 350'000.- erwartet.

Z: Den Fussball interessierten Einwohnenden stehen geeignete und genügende Trainingsmöglichkeiten zur Verfügung.

4.3. Spezialfinanzierungen allgemein

4.3.1. Controlling

A: Die Gesamtverantwortung für die Spezialfinanzierungen wurde dem Bereich Betriebe zugeteilt.

L: Für die Führungsunterstützung wird ein Controllingkonzept erarbeitet. Die darin festgelegten Controllinginstrumente sind eingeführt.

Z: Die Führung der spezialfinanzierten Aufgaben (Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Abfall) erfolgt nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

4.4. Spezialfinanzierung Wasserversorgung

4.4.1. Sicherstellung eines qualitativ einwandfreien Trinkwassers

A: Die bestehenden Schutzzonen basieren auf der alten Gesetzgebung. Die regelmässige Qualitätskontrolle des Trinkwassers durch das kantonale Labor beinhaltet keine Deponie spezifischen Parameter. Eine Offerte für die chemische Analyse unseres Trinkwassers liegt vor, der dafür notwendige Betrag von CHF 55'000.- ist budgetiert.

L: In Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Kantons wird die Anpassung der Schutzzonen an die neue Gesetzgebung in Angriff genommen. Die chemische Analyse des Trinkwassers ist für das 2. Quartal vorgesehen.

Z: Sicherstellung der Qualität des Trinkwassers.

4.4.2. Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden

A: Mit den Gemeinden Lausen, Frenkendorf, Arisdorf und Nuglar-St. Pantaleon bestehen Netzverbindungen. Arisdorf und Nuglar-St. Pantaleon beziehen regelmässig Wasser von der Stadt Liestal.

L: Die Zusammenarbeit mit dem Regionenverbund 1-9-2 (Hardwasser, Muttenz, Pratteln, Frenkendorf und Füllinsdorf) ist zu prüfen. Erste Gespräche in dieser Richtung haben bereits stattgefunden. Mit Seltisberg wird ein Wasserlieferungsvertrag unterzeichnet.

Z: Die Trinkwasserversorgung für die Stadt Liestal ist mit einer weiteren möglichen Bezugsquelle auch längerfristig besser gesichert.

4.4.3. Betriebswarte

A: Mit der Betriebswarte (Inbetriebnahme 1993) wird die gesamte Wasserversorgung überwacht und gesteuert. Die Firma Rittmeyer AG, die die Anlage gebaut hat und unterhält, hat schriftlich mitgeteilt, dass sie aufgrund des Alters der Anlage verschiedene wichtige Elemente nicht mehr unterstützt und ab 2008 sind auch keine Ersatzteile mehr lieferbar. Ein Ausfall der Anlage über eine längere Zeit gefährdet die Versorgungssicherheit.

L: Für die Modernisierung der Betriebswarte ist ein Investitionskredit von CHF 250'000.- budgetiert.

Z: Die Betriebswarte entspricht dem aktuellen technischen Standard. Erweiterungen können einfacher und kostengünstiger realisiert werden.

4.4.4. Mitarbeiterschulung

A: Trinkwasser ist das wichtigste Lebensmittel. Die Mitarbeitenden sind gefordert, ihre Entscheidungen auf Basis der geltenden Gesetze, Verordnungen und Richtlinien zu treffen.

L: Eine kontinuierliche Aus- und Weiterbildung befähigt die Mitarbeitenden ihre Verantwortungen wahrzunehmen. Der 2006 neu eingetretene Mitarbeiter sowie die Bereichsleiterin sind für die entsprechenden Kurse angemeldet und die Kosten mit CHF 10'000.- budgetiert.

Z: Die Mitarbeitenden sind entsprechend ihren Funktionen ausgebildet und eingesetzt.

4.5. Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung

Keine speziellen Projekte (Unterhaltsarbeiten werden gemäss der Generellen Entwässerungsplanung (GEP) durchgeführt).

4.6. Spezialfinanzierung Abfallentsorgung

4.6.1. Sammelstellen

A: Die Container auf den Sammelstellen wurden noch nie erneuert. Klagen über Lärmbelästigungen durch die Sammelstellen häufen sich, durch unerlaubtes Deponieren von Müll herrscht Unordnung.

L: Schrittweise Umrüstung der Sammelstellen mit Unterflurbehältern. Die Kosten für eine Sammelstelle betragen CHF 50'000.-.

Z: Die Sammelstellen geben keinen Anlass zu Reklamationen bezüglich Lärm und Bedienungs-freundlichkeit. Das Problem des Unerlaubten Deponierens von Müll verringert sich.

5. Departement Soziales / Gesundheit / Kultur

Schwerpunkte und wichtige Projekte des Departements

In der Sozialhilfe sollen die Bemühungen zur beruflichen Eingliederung auf der Basis des in diesem Punkt erweiterten Sozialhilfegesetzes verstärkt werden. Dazu soll eine spezielle Projektgruppe ins Leben gerufen werden, welche Bedarf und Angebote überprüft und die erforderlichen Massnahmen in die Wege leitet.

Gemäss Beschluss des Stadtrates soll der Sozialdienst im Jahre 2007 (wie auch in den Folgejahren jährlich regelmässig) auditiert und auf seine Kompetenz zur zweckmässigen Aufgabenerfüllung überprüft werden.

Die neu zu schaffende Jugendkommission wird ihre Arbeit aufnehmen. Ihre Aufgabe besteht im Wesentlichen in der Koordination, Überprüfung und Förderung der verschiedenen Angebote der Jugendarbeit sowie im Aufbau einer jugendgerechten Information. Jugendliche sollen in die Gestaltung und Weiterentwicklung von Angeboten/Projekten, welche ihren Bedürfnissen entsprechen, einbezogen werden und im Sinne einer partizipativen Jugendarbeit Mitverantwortung übernehmen.

In der Altersarbeit soll der begonnene Prozess der Förderung von zeit- und bedarfsgerechten Wohn- und Pflegeformen weitergeführt werden. Dabei steht der Aufbau des begleiteten Alterswohnens in den Alterssiedlungen des Vereins für Alterswohnungen im Zentrum.

Im Bereich Kultur soll neu ein Kulturkonzept erarbeitet werden, welches das finanzielle Engagement der Stadt und deren Kulturförderpolitik definiert und die Ressourcen bündelt. Ergänzend zum bestehenden Kulturkalender soll neu ein Kulturführer Liestal herausgegeben werden, welcher in geeigneter Form über die Kulturveranstalter und die regelmässigen Kulturangebote informiert und damit zu einem wirkungsvollen Stadtmarketing beiträgt.

5.1. Sozialhilfe

Ausgangslage: In den vergangenen Jahren sind die Sozialhilfekosten infolge einer kontinuierlich gestiegenen Fallzahl, wachsenden Wohn- und Gesundheitskosten und grösseren Haushaltungen (Familie als Armutsrisiko) weiter angestiegen. Der reguläre Arbeitsmarkt ist für eine Vielzahl unserer Klienten schwer zugänglich, da sie die dazu erforderlichen Voraussetzungen und Qualifikationen nicht oder nur ungenügend mitbringen. Vor diesem Hintergrund gewinnen die berufliche Eingliederung mit entsprechenden massgeschneiderten Fördermassnahmen und die Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt (geschützte Arbeitsplätze) weiter an Bedeutung. Neben den Massnahmen zur beruflichen Eingliederung gilt es, die Leistungen anderer möglicher Kostenträger (Sozialversicherungen) konsequent auszuschöpfen, was angesichts der Komplexität der gesetzlichen Grundlagen/Voraussetzungen und einer wachsenden Tendenz der Sozialversicherungen, eigene Zuständigkeiten in Frage zu stellen, in der Bearbeitung immer schwieriger und aufwändiger wird und in nicht wenigen Fällen den juristischen Support durch eine Fachinstanz erforderlich macht.

Lösungsansätze:

- Überprüfung und weitere Optimierung der Fallbearbeitungsqualität nach den Gesichtspunkten der Zielorientierung (Casemanagement) und der Subsidiarität (Ausschöpfung der Leistungen Dritter) mit dem Ziel einer möglichst raschen Ablösung oder Teilablösung von der Sozialhilfe. Die laufende Rechnung wird dazu mit CHF 15'000.- belastet.

- Verstärkung der Massnahmen zur beruflichen Eingliederung. Die Zusatzkosten dafür sind mit CHF 200'000.- veranschlagt.
- Gezielte Weiterbildung der Mitarbeitenden im Bereich der Fallarbeit und der sozialversicherungsrelevanten Fachkenntnisse
- Vergleich der Sozialen Dienste mit anderen Gemeinden im Kanton Baselland (Fortführung des Kennzahlenvergleiches). Kosten: CHF 6'000.-.

Die Massnahmen der Auditierung im Jahre 2006 und die Klärung der regionalen Zusammenarbeit auf Ebene Sozialhilfebehörde sind noch offen.

Zielsetzung: Mit diesen Massnahmen soll erreicht werden, dass eine grössere Zahl von Sozialhilfebeziehenden in den Arbeitsmarkt integriert oder teiliintegriert werden kann. Dort wo dies nicht realistisch ist, soll nach Möglichkeit eine (gemeinnützige) Arbeitsleitung als Gegenleistung zum Sozialhilfebezug erbracht werden.

Die Wirkung der Fallbearbeitung soll aufgrund festgelegter Zielvereinbarungen und Massnahmen besser und aussagekräftiger evaluiert werden können.

Die Organisation des Dienstes und die personelle Ausstattung ist den aktuellen Erfordernissen und den Ergebnissen einer fachkompetenten Auditierung anzupassen, soweit hier Handlungsbedarf besteht.

5.2. Vormundschaft

Ausgangslage: Tendenziell ist festzustellen, dass immer mehr ältere Menschen an die Vormundschaftsbehörde gelangen, die aus gesundheitlichen Gründen ihre Finanzen nicht mehr eigenständig regeln können. Durch gesellschaftliche Veränderungen fehlen heute häufig soziale und familiäre Netze zur Hilfestellung in privaten und persönlichen Angelegenheiten, sodass hier vermehrt die Behörde eingeschaltet werden muss. Auch bei Kindern und Jugendlichen wird festgestellt, dass die Zahl der Eltern, welche mit der Erziehung überfordert sind, zunimmt und sich die Vormundschaftsbehörde dieser Problematik anzunehmen hat.

Wenn immer möglich werden bei einfacheren vormundschaftlichen Aufgaben Privatpersonen als Mandatsträger eingesetzt. Diese benötigen bedarfsgerechte Unterstützung und Anleitung durch den Abteilungsleiter Vormundschaft. Andererseits steigen bei komplexeren Aufgaben die Ansprüche an die juristischen Kenntnisse in der Abteilung Vormundschaft, da die Kundschaft bei vormundschaftlichen Verfahren häufig von Anwälten vertreten wird.

Lösungsansätze:

- Adäquate und bedarfsgerechte Pflege und Unterstützung/Coaching der freiwilligen Mandatsträger durch den Abteilungsleiter Vormundschaft
- Gezielte Weiterbildung des Abteilungsleiters Vormundschaft im juristischen Bereich. Kosten: CHF 4'600.-.

Zielsetzung: Die privaten Mandatsträger erhalten den erforderlichen Support zur zweckmässigen Mandatsführung. Die Rechtssicherheit und der korrekte Vollzug sind in allen Punkten gewährleistet.

5.3. Jugendarbeit

A: Gemäss seinerzeitigem Jugendkonzept und Abklärungen einer vom Stadtrat eingesetzten Arbeitsgruppe fehlt derzeit eine koordinierende und die Jugendarbeit unterstützende strategische Instanz. Diese Lücke soll mit der Schaffung einer neuen Jugendkommission geschlossen werden.

L: Eine zweckmässige Jugendkommission soll aufgebaut werden. Deren Arbeitsweise soll organisiert und die Schwerpunkte festgelegt werden. Diese bestehen in den Bereichen

- Jugendinformation
- Koordination und Steuerung der Angebote
- Erkennen und Schliessen von Lücken unter Einbezug der Jugendlichen
- Strategische und operative Unterstützung zur Führung des Jugendtreffpunktes

Die laufende Rechnung wird dazu mit CHF 20'000.- belastet. Der Jugendtreffpunkt wird durch die Jugendkommission mit Inkraftsetzung einer neuen Leistungsvereinbarung überprüft und unterstützt. Die Kommission überprüft zudem die Nutzung der Räumlichkeiten Haus zur Allee.

Das bis jetzt bewährte Projekt Streetwork wird im Verbund mit den 8 Partnergemeinden weitergeführt.

Nach erfolgter Kündigung des Vertrages betreffend die Mütter- und Väterberatung durch die Pro Juventute per 31.12.2006 wird diese wichtige und präventive Dienstleistung auf der Basis einer neuen Vereinbarung ab 01.01.2007 fortgeführt.

Z: Die Jugendarbeit in Liestal ist besser koordiniert und wird jugendgerecht kommuniziert. Bewährte Projekte im Bereich der Gesundheitsförderung, Prävention und Früherkennung von Problemsituationen werden weitergeführt.

5.4. Altersarbeit

A: Aufgrund des durch die demografische Entwicklung steigenden Bedarfs an Angeboten in den Bereichen Wohnen, Pflege und Betreuung für Betagte besteht in den kommenden Jahren Handlungsbedarf. Die Zielrichtung ist durch den Auf- und Ausbau von alternativen Wohn- und Betreuungsformen als Ergänzung zu den bereits bestehenden Angeboten und Einrichtungen (Alters- und Pflegeheimen) gegeben.

L: Das Eintrittsalter in den 4 Siedlungen des Vereins für Alterswohnungen hat sich in den letzten Jahren massiv erhöht und es zeigt sich, dass ein wachsender Bedarf an ambulanten Dienstleistungen und vermehrter Begleitung vorhanden ist. Mit der Einführung des Pilotprojektes Begleitetes Wohnen in den Alterssiedlungen Liestals soll die ambulante Hilfestellung für Betagte, welche zu Hause leben und Unterstützung benötigen, verstärkt werden.

Die Alterskommission ist im Rahmen ihrer Tätigkeit für eine gute Information über die Angebote im Altersbereich sowie für die zweckmässige Koordination der Altersarbeit besorgt und setzt die dazu erforderlichen Massnahmen und Projekte um.

Z: Ziel des begleiteten Wohnens ist, der betagten Bevölkerung das Leben in der eigenen Wohnung solange wie möglich zu erhalten und den Eintritt in eine stationäre Einrichtung solange wie möglich hinauszuzögern.

Mit einer guten Information und Koordination sollen die Angebote/Dienstleistungen im Altersbereich effizient erbracht und sinnvoll genutzt werden können.

5.5. Kultur

A: Liestal verfügt über ein vielfältiges und reichhaltiges Kulturangebot, welches es zu erhalten gilt.

Dies trägt wesentlich zur Attraktivität des Kantonshauptortes bei.

Neben den traditionellen und bekannten Angeboten sollen gezielt neue und innovative Events gefördert werden. Hier kann Liestal mit seinem kleinstädtischen Charme die Rolle als Gastgeber für Kulturschaffende mit hohem Qualitätsniveau noch stärker ausspielen und dadurch seine Ausstrahlungskraft ausdehnen und verstärken.

L: Provokative Kulturarbeit unter Einbezug der Kulturanbieter;

Die Kulturnacht LICHTBLICKE soll 2007 weitergeführt werden und ist Beispiel einer Kooperation mit Breiten- und Tiefenausstrahlung. Die institutionalisierte Zusammenarbeit der Kulturveranstalter rund um den mittlerweile gut bekannten und eingebürgerten Kulturkalender sichert die Koordination und den Erfahrungsaustausch in der Kulturarbeit.

Mit der Herausgabe eines Kulturführers für Liestal (Gesamtkosten von CHF 20'000.-) soll die Kultur als Instrument des Stadtmarketing akzentuiert und zielgruppenspezifisch kommuniziert werden. Kulturinteressierte und solche, die es werden könnten, sollen auf das vielfältige Kulturangebot aufmerksam gemacht werden. Der Kulturführer wird somit auch zur eleganten Visitenkarte des Kantonshauptortes und schafft zusätzliches Profil für Liestal.

Mit der Schaffung eines Kulturkonzeptes sollen die Kulturpolitik Liestals und sein finanzielles Engagement definiert sowie die zielorientierte, subsidiäre Steuerung (Unterstützung von privaten Initiativen und Projekten) der weiteren Entwicklung im Kulturbereich angestrebt werden.

Z: Die Position Liestals als Kantonshauptort und regionales Kulturzentrum soll verstärkt und gefördert werden. Neben bekanntem und bewährtem ist bewusst auch neuem und innovativem Kulturschaffen Raum zu geben.

6. Departement Bildung und Sport

Schwerpunkte und wichtige Projekte des Departements

Zertifizierung der Schule

Das Modell Q2E ist ein ganzheitliches Q-System, welches auf verschiedenen Komponenten basiert: Aufbau eines 360°-Feedbacks, Selbstevaluation, Externe Schulevaluation, Steuerung der Q-Prozesse durch die Schulleitung, Formulierung eines Qualitätsleitbildes als Grundlage für die Schul- und Unterrichtsentwicklung.

Mit der Erarbeitung eines Qualitäts-Leitbildes an den Weiterbildungstagen vor Ostern 06 haben Kindergärten und Primarschulen die 5. Komponente des Qualitätsmanagementsmodells nach Q2E aufgebaut. Die 6. Komponente ist die Zertifizierung der Schule auf freiwilliger Basis. Die Schule will auch diesen Schritt wagen und sieht eine Zertifizierung, als erste Volksschule im Baselbiet, im Herbst 2007 vor. Die Kosten belaufen sich auf CHF 30'000.-.

Familienergänzendes Angebot / Bedürfnisabklärung Tagesschule

Im Dezember 2005 hat der Einwohnerrat den Stadtrat mit einem Postulat von Orla Oeri-Devereux beauftragt, eine Bedarfsanalyse für eine Tagesschule durchzuführen und die Konsequenzen, die sich durch die Analyse ergeben, dem Einwohnerrat darzulegen. Im Verlaufe des Herbstes 2006 wird per Fragebogen eine schriftliche Elternbefragung durchgeführt, die auf professioneller Basis von einem Befragungsunternehmen durchgeführt und ausgewertet wird.

Mit dieser Umfrage soll der Bedarf an Tagesschulplätzen differenziert erhoben werden – sowohl bezüglich der generellen Bedürfnisse der Liestaler Familien bei der schulergänzenden Kinderbetreuung sowie des konkreten Bedarfs im Tages- und Wochenverlauf als auch der Einzugsgebiete der einzelnen Schulhäuser. Die erhobenen Bedarfszahlen fliessen 2007 in die politische Diskussion über die Wichtigkeit und den Nutzen, über das Für und Wider der Einführung der Tagesschule in Liestal ein. Bei einem Ja im anschliessenden Entscheidungsprozess im Einwohnerrat könnten die erhobenen Zahlen im Sinne einer Bedarfsrechnung in die weitere Projektplanung einfließen.

Die Umfrage wird von einer Arbeitsgruppe gesteuert, welcher die folgenden Personen angehören: Nils Henn (Einwohnerrat FDP), Thom Kiefer (Schulleitung), Marianne Quensel (Schulratspräsidentin), Claudia Roche (Einwohnerrätin SP) und Lukas Ott (Stadtrat) sowie Beat Wirz (BKSD) als externer Berater.

Projekt Standardsprache im Kindergarten

Das 4-jährige Projekt „Standardsprache“, im Sommer 2005 an vier Liestaler Kindergärten gestartet, will die Sprachkompetenzen der Kinder als Beitrag zur schulischen Integration und zum gesellschaftlichen Zusammenleben bzw. dessen Stärkung fördern. Hochdeutsch ist damit auch im Kindergarten Unterrichtssprache. Dieses Projekt „Standardsprache an Kindergärten“ wird durch die Fachhochschule 4 Jahre lang begleitet und evaluiert. Erste Zwischenergebnisse werden von der Fachhochschule Anfang 2007 erwartet.

6.1. Unterricht

6.1.1. Qualitätsentwicklung / -Management

A: Mit der Einführung eines modernen Qualitätsentwicklungs- und -Sicherungsmanagements soll ein leistungsfähiges und chancengerechtes Bildungsangebot sichergestellt werden.

L: Die Lernpartnerschaften und die Mitarbeitengespräche sind eingeführt und gehören zum fest etablierten Bestandteil der Primarschule und des Kindergartens. Nach der Erarbeitung eines Qualitätsleitbildes steht jetzt die Zertifizierung im Vordergrund.

Z: Das Qualitätsmanagement der Schule wird im Herbst 2007 durch die Fachhochschule Aarau evaluiert und anschliessend zertifiziert.

6.1.2. Gesundheitsförderung

A: Die Gesundheitsförderung als eines der zwölf Ziele des Schulprogramms des Kindergartens und der Primarschule Liestals von 2004 ist mit konkreten Projekten umzusetzen.

L: Im Zusammenhang mit den sich in Planung befindenden Präventionsprojekten der Stadt Liestal im Bereich Gewalt und Rassismus wird auch die Schule das Thema schwergewichtig aufgreifen. Für die Kosten dieser Massnahmen (Präventionsprojekte der städtischen Schule) stehen jährlich CHF 10'000.- aus dem Präventionspool zur Verfügung.

Z: Ein besonderer Fokus im Bereich der Schule liegt beim Kinderschutz (Sexuelle Übergriffe). Das Projekt „Mein Körper gehört mir“ wird deshalb auch dieses Jahr wieder aufgenommen. Neu sind in Zusammenarbeit mit dem Kanton „StattGewalt-Rundgänge“ geplant, welche auch für Eltern geöffnet werden sollen.

6.1.3. Integrative Schulungsform ISF

A: Aufgrund der veränderten Bedürfnisse sind Förderangebote für Schülerinnen und Schüler zu schaffen, welche mit gezielter Unterstützung nicht eine Kleinklasse besuchen müssen, sondern integrativ in der Regelklasse unterrichtet werden können.

L: Im Sinne eines bedürfnisgerechten Angebotes auch im Bereich der speziellen Förderung erfolgt auf das Schuljahr 2006/07 die Einführung der 1-jährigen Pilotphase der integrativen Schulungsform (ISF).

Z: Nach der Einführungsphase soll im Sommer 2007 anhand einer internen Evaluation das Angebot konsolidiert werden. Die laufende Rechnung der Stadt wird im Bereich Klassenbildung trotz der Angebotserweiterung mit jährlich CHF 100'000.- weniger belastet.

6.2. Zusatzangebote

6.2.1. Projekt „Standardsprache im Kindergarten“

A: Die Sprachkompetenzen der Schülerinnen und Schüler sollen als Beitrag zur schulischen Integration und zum gesellschaftlichen Zusammenleben bzw. dessen Stärkung gefördert werden. Der Projektstart erfolgte im August 2005. Das Projekt wird durch die Fachhochschule Nordwestschweiz vier Jahre lang begleitet und evaluiert.

L: Das Projekt wird bis 2008/09 an den vier beteiligten Liestaler Kindergärten weiterverfolgt.

Z: Erste Zwischenergebnisse der Fachhochschule sollen Anfang 2007 erfolgen. Geprüft werden wird aufgrund der Berichterstattung insbesondere die Einführung von entsprechenden Massnahmen an allen städtischen Kindergärten.

6.2.2. Mittagstischangebot

A: Mit einem bedürfnisgerechten familien- ergänzenden Betreuungsangebot sollen Familien unterstützt und ein Beitrag zur Standortgunst Liestals geleistet werden. Im Frenkenbündtenquartier fehlt bisher ein Mittagstischangebot. Alle anderen Quartiersschulhäuser liegen in Reichweite der städtischen Mittagstische im Gymnasium und *Im Schild*.

L: Das Mittagstischangebot findet im Frenkenbündtenquartier eine bedarfsgerechte Anpassung.

Z: Die Projektierungsarbeiten sind im Gange. Ab Schuljahr 2007/08 soll das Angebot eingerichtet sein. Wie bei den bisherigen Angeboten soll die Zusammenarbeit mit einem externen Partner erfolgen. Auf diese Weise können teure Infrastrukturkosten vermieden werden.

6.2.3. Bedürfnisabklärung Tagesschule

A: Gemäss Auftrag des Einwohnerrates soll eine Bedürfnisabklärung Tagesschule bei den Eltern erfolgen.

L: Als Grundlage für die Befragung hat eine Arbeitsgruppe ein Tagesschulmodell für Liestal entwickelt. Die Befragung wird vom Büro Infras aus Zürich durchgeführt und die Ergebnisse den politischen Behörden zur weiteren Beschlussfassung unterbreitet.

Z: Die Befragung erfolgte im Spätherbst 2006, die politische Diskussion soll nach der Auswertung der Befragung und der Erarbeitung des Berichtes im 2. Quartal 2007 stattfinden.

6.3. Regionale Musikschule Liestal

6.3.1 Raumbedarf

A: Für die Erbringungen des professionellen musikalischen und musischen Bildungsangebots sind genügend geeignete Schulräume sicherzustellen und der heutige Engpass am Standort Liestal zu überwinden. So platzt die Nutzung insbesondere im Liestaler Burg-Schulhaus aus allen Nähten.

L: Gemeinsam mit den umliegenden Zweckverbandsgemeinden sind Schritte zur Realisierung umzusetzen. Für die kurzfristige Überbrückung ist ein Mietprovisorium am Standort Liestal zu realisieren. Zur längerfristigen Lösung der Raumprobleme wird die gemeindeübergreifende Raumnutzungsplanung auf der Achse Füllinsdorf/Frenkendorf – Liestal – Lausen unter Einbezug des Kantons die Unterbringung der benötigten Räumlichkeiten aufzeigen müssen.

Z: Die Planungsarbeiten für eine kurzfristige Lösung unter Federführung des Stadtbauamtes Liestal sind im Gange und sollen vom Zweckverband 2007 beschlossen werden können.

6.4. Sport: Infrastruktur und Anlässe

6.4.1. GESAK / LBS

A: Mit diesen Kürzeln sind das Gemeindeporthanlagen-Konzept einerseits und das Lokale Bewegungs- und Sportnetz andererseits umschrieben. Die Nachfrage nach Sport-Infrastrukturen auf dem Platz Liestal und optimale Deckung des realen Bedarfs rufen nach einer konzeptionellen Erfassung (Sportstättenplanung), damit der Politik aber auch den kantonalen Behörden bspw. im Rahmen des Kantonalen Sportanlagenkonzeptes (KASAK) verlässliche Entscheidungsgrundlagen geliefert werden können. Mit einer gezielten Förderung der sportlichen Betätigung der Bevölkerung sind in mehrfacher Hinsicht für den Breiten- und Spitzensport aber damit vor allem auch die Volksgesundheit positive Auswirkungen verbunden.

L: Gemäss stadträtlichem Beschluss sollen in einem Pilotprojekt mit einer Kombination von GESAK und LBS unter Mitwirkung des kantonalen Sportamtes und Co-Finanzierung des kantonalen Sportamtes und des Bundesamtes für Sport (BASPO) die Grundlagen für politische Entscheide betreffend Sportinfrastrukturen einerseits und eine auf dem Bisherigen aufbauende Intensivierung und Vernetzung der sportlichen Aktivitäten andererseits erfolgen. Alle relevanten Träger und die Interessen der potentiellen Zielgruppen sind dabei gebührend mit einzubeziehen.

Z: Grundlagenarbeit und Vorlage des Schlussberichts bis Ende 2007, anschliessend Bekanntmachung und Vollzug der Umsetzungsplanung. Zum Spezialthema Kunstrasen-Fussballfeld vgl. oben 4.2.1. (vorzeitige Realisierung aufgrund des nachgewiesenen Bedarfs).

6.4.2. EURO 08

A: Im Juni 2008 wird die EURO 08 unter anderen mit Austragungsort Basel für das Eröffnungsspiel, diverse Gruppen- und ein Halbfinalspiel durchgeführt. Dieser weltweit drittgrösste Sportanlass wird an den Austragungsorten und in deren Umgebung nicht nur bei der fussballbegeisterten Bevölkerung Interesse wecken. Im Rahmen bisheriger Konzeptarbeiten des Stadtmarketing Basel ist Liestal als Nebenschauplatz vorgesehen.

L: Die bisherige Analyse der Ausgangslage und Beurteilung der Möglichkeiten haben zu einem Grobkonzept mit Machbarkeitsstudie im Raum Gitterli geführt. Diese Grundlagenarbeiten müssen im Lichte des landrätlichen Entscheides betreffend die EURO 08 (Konzept, Finanzierung) geprüft werden, damit der Nebenschauplatz Liestal definiert und organisiert werden kann.

Z: Erarbeitung eines konkreten Konzeptes EURO 08 (umfassend insbesondere die Aspekte Inhalt, Programm, Mobilität, Sicherheit, Immissionen, Finanzierung) unter Einbezug geeigneter Partner für den Raum Liestal und Vorlage einer Einwohnerratsvorlage im 1. Halbjahr 2007.